



## Niederschrift

52. Plenarsitzung des Gemeinderates  
18. Juli 2023, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

8.

## Punkt 6 der Tagesordnung: Erlass einer kommunalen Katzenschutzverordnung Vorlage: 2023/0657

### Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Erlass der in Anlage 2 beigefügten Katzenschutzverordnung.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 6 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 11. Juli 2023.

Da gab es gestern eine Reihe von Fragen. Die haben wir, glaube ich, in persönlichen Gesprächen soweit geklärt. Insofern könnten wir jetzt..., jetzt kommen wir gleich in die Diskussion.

**Stadträtin Großmann (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Dr. Käuflein und vielen Dank an das Veterinäramt für die Vorlage zur Katzenschutzverordnung. Wir GRÜNE freuen uns sehr darüber. Das ist ein großer und wichtiger Schritt in Richtung erfolgreicher Tierschutz in Karlsruhe. Die Katzenschutzverordnung haben bisher viele Städte und Gemeinden in Deutschland und Baden-Württemberg umgesetzt und halten das Konzept für erfolgreich. Eine flächendeckende Wirkung der Verordnung wäre auf jeden Fall wünschenswert. Chippen, Kennzeichnung und Kastration sollte zum Standard im Umgang mit Streunerkatzen gehören. Frau Dr. Julia Stubenbord, unsere Landestierschutzbeauftragte, aber auch der Landestierschutzverband sowie alle Tierschutzvereine in Karlsruhe befürworten schon lange eine Umsetzung der Verordnung. Wir GRÜNE haben einen ersten Vorstoß zur Umsetzung bereits 2014 gemacht. Damals gab es bereits die Neuregelung zum § 13 des Landestierschutzgesetzes. Wir haben daraufhin eine vorbereitende Untersuchung zur Situation von Streunerkatzen in Karlsruhe beantragt. Wir wollten der unkontrollierten Vermehrung von Streunerkatzen, die mit viel Leid verbunden ist, ein Ende setzen. Denn eins ist klar, die

Bilder, die uns das Veterinäramt mitgeliefert hat, sind erschreckend. Sie zeigen Katzen mit Augenkrankheiten, verfilztem Fell, abgemagert und erschöpft vor Hunger oder durch zu viel Anstrengung, die das Leben im Freien abverlangt, und die Zahlen haben sich in den letzten Jahren in Karlsruhe deutlich erhöht. Viel Leid würde deshalb durch die Umsetzung der Katzenschutzverordnung verhindert oder verringert werden. Die örtlichen Tierschutzvereine, zum Beispiel der Katzenschutzverein oder die Katzenhilfe, setzen sich seit vielen Jahren dafür ein, dass Streunerkatzen versorgt und behandelt werden. Das wissen wir, weil wir diese regelmäßig besuchen und uns ein Bild von der Situation machen. Man findet total traumatisierte und scheue Tiere vor. Sie lassen sich zum Großteil nur schwer versorgen, weil sie den Umgang mit Menschen nicht gewohnt sind. In der Vorlage der Verwaltung sehen wir auch diese Ehrenamtlichen im Lauf der Jahre, was sie zusammengetragen haben und was sie leisten. Man kann ihnen dafür nicht genug danken. Hilfreich dabei ist, dass der Karlsruher Tierschutzfonds finanziell unterstützt, die Tiere medizinisch zu versorgen. Katzenhalter\*innen, die eine Wohnungskatze ohne Ausgang haben, sind ja von der Regelung befreit, wenn diese keinen Freigang haben. Bewohner\*innen, die ihre Katze jedoch ins Freie lassen, müssten in Zukunft dafür sorgen, dass ihre Katze kastriert ist. Liebe Kolleg\*innen, geben Sie den Tieren Ihre Stimme. Vielen Dank.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Wir als CDU begrüßen diese Vorlage sehr, wird damit doch ein Anliegen, das auch unser Tierschutzarbeitskreis der CDU Karlsruhe schon in den Jahren 2013/15, auch damals mit Unterstützung der Grünen, immer wieder gefordert hat, endlich umgesetzt, denn diese Regelung setzt das um, was Tierärzte schon lange sagen und verantwortungsvolle Katzenhalterinnen und -halter auch tun, nämlich die Katzen zu kastrieren, um sie vor Ansteckungskrankheiten zu schützen, denn es gibt eine ganz schlimme Krankheit bei Katzen und Katern, die nennt sich Katzengrippe. Das hört sich nur harmlos an, in Anführungszeichen, Grippe, diese Krankheit verläuft nämlich wie bei den Menschen die Krankheit AIDS. Das hat uns mal ein Tierarzt auch eingehend erklärt. Die Tiere verelenden dann wirklich ganz traurig, und bei Freigängern breitet sich so was eben stärker aus. Katzen kommen in Kontakt zueinander auf vielfältige Weise und da kracht es halt auch mal bei den Samtpfoten und sie stecken sich dann gegenseitig an. Es ist ganz wichtig, auch um die Population im Blick zu haben, weil unsere Tierschutzheime klagen ja auch immer, wie es dann um die Katzen steht, die halt streunen draußen. Insofern begrüßen wir das. Es ist auch richtig, dass auch Ausnahmen getroffen sind in der Regel, sodass auch die Eigentumsfreiheit der Halterinnen/Halter gewahrt ist, aber wie gesagt, im Sinne der Samtpfoten ist es wirklich eine Regelung, die wir gerne mitgehen, danke.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Auch die SPD-Fraktion begrüßt diese neue Katzenschutzverordnung. Kollegin Großmann hat schon einiges dazu ausgeführt. Die Zählung freilebender Katzen ist sicherlich schwierig. Man sieht natürlich nur öfters Katzen auf den Straßen und man fragt sich, wem gehören die, ohne weiteres, aber natürlich findet der Tierschutz sehr viele Katzen. Das spricht dafür, dass die Population im Freiland tatsächlich gewachsen ist und die entsprechende Verordnung auch begründet ist. Es ist nicht der gleiche Grund, also auch in Walldorf gibt es ja eine Katzenschutzverordnung, dass die Tiere gar nicht rausgehen dürfen wegen der Haubenlerche, aber natürlich stellen die freilebenden Katzen auch hier eine Gefahr dar für unsere Flora und Fauna. Letztendlich müssen sie sich ja auch im Freien durch irgendetwas ernähren. Leider führt es natürlich sehr oft zur Krankheit. Daher ist hier der Aufwand, wenn man so eine Katze aufnimmt, ganz erheblich. Die Bürgerinnen und Bürger können selber wählen, ob ihre Katze ein Stubentiger ist und bleibt und damit nicht kastriert werden muss, oder ob sie den Freigänger erlauben, und dann müssen sie halt

kastriert werden nach der neuen Verordnung, aber wir halten dieses letztendlich für zumutbar, und daher werden wir der Vorlage zustimmen. Vielen Dank.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Letzte Woche war der sogenannte Schülertag, wo wir eine Gruppe Stadträte waren, die mit Schülern über Politik diskutiert hat. Die Schüler waren ganz interessiert in Politik, aber die haben alle eine Angst vor einer Parteipolitik. Die haben gesagt, ja, aber dann muss man all diesen ideologischen Programmen zustimmen. Es steht bestimmt nicht in dem liberalen Parteiprogramm, dass der Staat sich ins Privatleben, wie mit Katze, einmischen soll, absolut nicht. Wir verstehen, dass die GRÜNEN sich freuen, weil die haben eine andere Auffassung, was Privatleben ist, als wir sie haben. Trotzdem habe ich an dem Schülertag gesagt, ja, aber man braucht nicht immer mit dem Parteiprogramm übereinstimmen, und das tun wir heute nicht. Das ist nicht liberal, dass wir dem zustimmen, aber wir tun das trotzdem, weil die Statistik, die Realität für die Tiere ist wirklich so, dass wir hier handeln müssen. Parteiprogramm hier oder dort, liberal hier oder dort, wir stimmen diesem zu.

**Stadträtin Lorenz (FW/FÜR):** Ja, die Katzenschutzverordnung ist eine gute Sache. Wir stimmen natürlich gerne auch zu. Vieles zu den Krankheiten und zu dem Elend haben meine Vorredner ausgeführt. Ich möchte einmal ein kleines mathematisches Beispiel bringen. Ein einziges Katzenpärchen, das im Schnitt zwei Mal im Jahr Junge bekommt, und wenn man mal davon ausgeht, dass davon 2,8 der Katzenwelpen überleben, hat dieses Pärchen nach zehn Jahren rund 80 Millionen Nachkommen. Bei 160 im Schnitt gefangenen Katzen in den letzten Jahren hier in Karlsruhe kann man mal hochrechnen, was das bedeutet, wenn die ganzen Katzenschutzvereine, Tierschutzorganisationen, das Tierheim dem nicht versuchen Einhalt zu gebieten und diese Wildgänger einfangen und auf ihre Kosten oder auch auf unsere kastrieren lassen. Von dem her kann man dieser Sache eigentlich nur zustimmen, weil sonst ja wahrscheinlich die Katzenanzahl mal mehr als die Bevölkerung in Karlsruhe relativ schnell. Wir stimmen sehr gerne zu, danke.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Auch wir sind froh, dass es jetzt endlich möglich ist, diese Katzenschutzverordnung zu erlassen. Man muss sich einer Sache wirklich bewusst sein, Katzen sind Haustiere. Die sind nicht dafür gedacht, im Freien rumzustreunen, im Freien sich ernähren zu müssen, und die werden auch keine 10 Jahre alt, wenn sie auf sich alleine gestellt sind. Wir haben selber eine Katze vom Katzenschutzverein und eine vom Tierheim, und es ist schon schwer genug, die Katzen dann an den eigenen Haushalt zu gewöhnen, wenn sie nicht Freiläufer waren. Bei den Katzen, die dann nach Jahren eingesammelt werden, aufgefunden werden, die an keinen Menschen gewöhnt sind, da geht es gar nicht. Also die Tiere kann man dann auch schwer überhaupt an jemand vermitteln, und da merkt man dann auch, wie stark gestört diese Katzen sind. Da merkt man dann schon, Katzen sind Haustiere und in einer Stadt, die an sich den Anspruch stellt, zivilisiert zu sein, so wie unsere, dürfen wir auf keinen Fall dieses Katzenelend länger dulden. Vor dem Hintergrund sind wir froh, dass wir jetzt heute endlich zustimmen können. Vielen Dank.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Ja, unser dringender Appell an die Stadt Karlsruhe, endlich eine Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Katzen einzuführen, bleibt seit Jahren ungehört. So habe ich das gelesen in der Tierschutz-Zeitung des Katzenschutzvereins, und wir können heute wohl sagen, das wird wohl einstimmig oder zumindest mit großer Stimmmehrheit ausgehen, dass diese Katzenschutzverordnung jetzt eingeführt wird. Es ist alles eigentlich schon gesagt worden hinsichtlich der Krankheiten und warum es

notwendig ist. Ich persönlich hatte ein Problem mit der recht umfangreichen Rechtsverordnung, für die ich allerdings sehr dankbar bin, weil sie sehr, sehr ausführlich ist, und zwar einfach hatte ich ein Problem, weil letztendlich nichts gesagt worden ist, wie das mit den Kosten sich verhält, wenn Katzen kastriert werden, und es findet sich keiner, der das bezahlt. Also der Halter ist nicht auffindbar. Ich bin zu diesem Zweck dann auch heute Morgen und gestern an das Telefon gegangen und habe mit dem Katzenschutzverein gesprochen, und die haben mir gesagt, dass sie das dringend benötigen, dass sie natürlich ein Problem haben, ein Personalproblem. Sie haben das Problem auch hinsichtlich der Finanzen, denn wie ich erfahren habe, gibt es da einen Tierschutzfonds, einen städtischen, der von 90.000 auf 30.000 reduziert wurde, vor einiger Zeit wohl. Das war nicht mehr auffindbar zu machen. Das ist natürlich dann oder könnte ein Problem sein, dass die Kosten nicht gedeckt werden können. Insofern wird es vielleicht irgendwann für die Tierschutzvereine, hier für den Katzenschutzverein und die Katzenhilfe, problematisch werden, wenn sie weiterhin tätig sein will, eben wegen des jungen Personals und andererseits natürlich auch wegen der Kosten. Der zweite Punkt, den ich ganz gerne dann heute Morgen angesprochen habe, mit Herrn Lipp, dafür bedanke ich mich nochmals herzlich für das Gespräch, dass er mich da zurückgerufen hat, war, dass eigentlich keine Sanktion in dieser Katzenschutzverordnung drin ist. Normalerweise in einer Rechtsverordnung ist immer was angekündigt, wenn ein Bürger was tun muss und er tut es nicht, was passiert dann. Er hat mir dann gesagt, dass hier in dieser Rechtsschutz-Verordnung der Schwerpunkt auf das Tierschutzwohl gelegt wurde und nicht auf die Sanktionen. Das ist richtig, das kann man machen. Nichtsdestotrotz natürlich dürfen sich auch die Katzenhalter da nicht in Sicherheit wännen, wenn eine Katze auffindbar gemacht wird und die hat Kosten verursacht, dann kann das natürlich von der Stadt eingefordert werden im Rahmen eines Verwaltungsaktes. Insofern ist alles soweit aus meiner Sicht okay, dem kann ich also zustimmen. Man muss das abwarten, wie sich es bewährt. Wenn sich die Katzenschutzverordnung bewährt, ist es okay. Wenn es Nachbesserungsbedarf gibt, dann wird es auch geschehen. Insofern Zustimmung auch von meiner Seite. Danke schön.

**Der Vorsitzende:** Mir ist noch mal ganz wichtig, deutlich zu machen, dass es in dem Sinne keine Bußgelder gibt, aber es gibt sehr wohl Durchgriffsmöglichkeiten. Das ist Ihnen heute Morgen auch ausführlich erklärt worden. Also, es sollte jetzt nicht der Eindruck entstehen, dass das einfach nur so ein stumpfes Schwert ist, mit dem man irgendwas in die Gegend posaunt, und am Ende passiert nichts. Zweiter Punkt, aufgrund meiner Unterlagen ist bisher noch nie eine Kastration am Geld gescheitert, weil man am Ende aus diversen Fonds immer Finanzierungsmöglichkeiten dargestellt hat. Auch deswegen glaube ich nicht, dass wir an der Stelle ernsthaft ein Problem haben. Normal wird der Katzenhalter herangezogen, aber am Ende ist die Kastration das entscheidendere Thema und nicht, ob der das bezahlt oder nicht bzw. ob er sozusagen erfasst werden kann überhaupt erst mal oder nicht. Insofern sollten sich dann dadurch doch noch Dinge auf tun, müssen wir halt darüber reden, aber mir ist noch mal ganz wichtig, dass das hier nicht das Problem werden wird, als das man es vielleicht sonst betrachten könnte.

Damit kommen wir jetzt hier zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist einstimmige Zustimmung. Besten Dank und auch noch mal herzlichen Dank an das Ordnungsamtsamt für die Vorbereitung und auch die entsprechende Auskunftslage hier noch bei diversen Einzelfragen.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
27. Juli 2023